



STELLUNGNAHME

Frau. Macht. Frieden

Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität – das sind zentrale Themen, mit denen sich der Frauenbund seit Jahrzehnten auf vielfältige Weise beschäftigt. Soziale Gerechtigkeit und verantwortlicher Umgang mit der Schöpfung sind die Voraussetzungen für nachhaltige Friedenssicherung. Bereits 2002 hat die Bundesdelegiertenversammlung des KDFB den Beschluss „Frieden fällt nicht vom Himmel – Frauen fordern Gerechtigkeit“ verabschiedet. Die darin gestellten Forderungen haben auch zwanzig Jahre später noch Bestand.

In vielen Ländern der Welt herrscht nach wie vor Unruhe und Krieg. Der Kriegsbeginn in der Ukraine war im vergangenen Jahr eine Zäsur, die uns zutiefst erschüttert hat. Die Themen Krieg, Zerstörung und Flucht sind noch präsenter. Eine gelingende Friedenspolitik des 21. Jahrhunderts muss Klima- und Ressourcenschutz, soziale und globale Gerechtigkeit sowie Sicherheit inner- und außerhalb Europas zusammen denken. Und sie muss endlich die Bedeutung von Frauen für die Bewältigung von Krisen und für die Förderung von Frieden und Sicherheit anerkennen und sie als Akteurinnen miteinbeziehen. Frauen sind direkt und indirekt Akteurinnen in gewaltsamen Konflikten. Ihre direkte und aktive Beteiligung an Konflikten variiert je nach Möglichkeiten und Chancen in der politischen Verantwortung und Regierung. Frauen müssen bei Konfliktlösung und bei Friedensverhandlungen dabei sein. Das gilt umso mehr, wenn in einigen Regionen Frauen bisher nicht an politischen, diplomatischen oder militärischen Entscheidungen teilhaben. In jedem Fall ist ihre Einbeziehung in Friedensverhandlungen notwendig für den Frieden, aber auch für eine geschlechtergerechte Gesellschaft.

Frauen leisten in vielen Kriegsgebieten wichtige Arbeit, allerdings findet diese im Hintergrund statt und wird häufig nicht wahrgenommen. Trotz ihres großen zivilgesellschaftlichen Engagements spielen Frauen in formellen politischen Friedensverhandlungen noch immer keine große Rolle, obwohl Studien belegen, dass eine Beteiligung von Frauen die Chancen auf einen nachhaltigen Frieden steigert und zu Abkommen führt, von denen alle Menschen nachhaltig und gleichermaßen profitieren.

Gleichzeitig sind Frauen auch anders von Krieg betroffen. So ist sexualisierte Gewalt an Frauen und Mädchen Bestandteil jeden Krieges. Vergewaltigung und Folter von Frauen werden gezielt eingesetzt: zur Demoralisierung der gegnerischen Seite, zum Zweck ethnisch motivierter Vertreibungen und als Mittel gesellschaftlicher Unterdrückung. Sexualisierte Gewalt ist kein Bagatelldelikt, sondern ein schweres Menschenrechtsverbrechen.

Frauen sichern Ernährung durch ihre Arbeit in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft weltweit und leisten so wichtige Arbeit gegen Hunger und Armut - zwei Treiber von gesellschaftlicher Ungleichheit und bewaffneten Konflikten. Doch obwohl weltweit knapp die Hälfte aller Arbeitskräfte in der Landwirtschaft weiblich ist, besitzen Frauen nur etwa 20 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Studien belegen: Wenn Bäuerinnen

den gleichen Zugang zu Ressourcen hätten wie Männer, könnten die Ernteerträge um fast ein Drittel gesteigert werden. Die Zahl der hungernden Menschen auf der Welt könnte so um bis zu 150 Millionen reduziert werden (Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele 1 (Keine Armut), 2 (Kein Hunger), 15 (Leben an Land)).¹

Der KDFB beobachtet eine Renaissance traditioneller Geschlechterrollen, auch als Bedingung der Möglichkeit eines Krieges, wie Russland ihn führt. Dass ein polares Geschlechterverhältnis männliche Gewalt quasi per Konstrukt vorsieht, ja diese als notwendig und wünschenswert ansieht (Beschützer um jeden Preis) und den Frauen die Rolle der Bewundernden, Unterstützenden, Aufbauenden, klaglos Ertragenden zuweist, ist zutiefst beunruhigend.

Eine feministische Außenpolitik soll den Wandel hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit und einem friedvollen Miteinander vorantreiben: Sie basiert auf der Überzeugung, dass Geschlechtergerechtigkeit und gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen Voraussetzung für nachhaltigen Frieden und Sicherheit in der Welt sind.

Der KDFB unterstützt das Konzept der feministischen Außenpolitik und fordert, dass die Bundesregierung den Ansatz der feministischen Außenpolitik klar definiert und konkret umsetzt: Es ist unabdingbar, dass Frauen an offiziellen Friedensprozessen gleichberechtigt beteiligt sind. Ihnen müssen die gleichen **Rechte**, der gleiche Zugang zu **Ressourcen** und eine gleichberechtigte **Repräsentanz** zustehen. Frieden kann nur entstehen, wenn alle Bevölkerungsgruppen in ihrer **Diversität** an den Verhandlungen und Prozessen mitarbeiten und mitentscheiden.

Im Bereich der gleichen **Rechte** fordert der Frauenbund von den Verantwortlichen in Politik:

- Die Bundesregierung muss international den normativen Rahmen für Frauenrechte stärken und sich konsequent gegen antifeministische Tendenzen stellen.
- Die Bundesregierung muss strukturellen Ursachen geschlechterspezifischer und sexualisierter Gewalt entgegentreten.
- In Friedensverhandlungen müssen die Themen der UN-Resolution 1325 „Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit“ sowie die humanitäre Sicherheit bei Wiederaufbau, Verwaltung, Rückkehr, Transitional Justice etc. konsequent mitberücksichtigt werden.
- In der feministischen Außen- und Entwicklungspolitik müssen Menschenrechte immer auch aus der intersektionalen Perspektive betrachtet werden, die das Zusammenwirken mehrerer Unterdrückungsmechanismen berücksichtigt. Damit rücken auch die Menschen in den Fokus, die ansonsten strukturell an gleichberechtigter Teilhabe gehindert werden.

¹ <https://www.fao.org/news/story/en/item/460267/icode/>

Im Bereich des gleichen Zugangs zu **Ressourcen** fordert der Frauenbund von den Verantwortlichen in Politik:

- Gender Budgeting: Für den gesamten Etat des Außen- und Entwicklungsministeriums und insbesondere für alle Maßnahmen des dritten Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der „Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit“ muss die gleichstellungsorientierte Bewertung der Verteilung von Ressourcen (Zeit, Geld, Arbeit) eingeführt werden.
- Die bäuerlich-familiäre Landwirtschaft, die Ernährung weltweit sichern kann, muss vor der Übernahme durch Großkonzerne, vor Landspekulationen und Landraub geschützt werden. Die kleinbäuerlichen Strukturen müssen auch vor staatlichen Investitionsmodellen geschützt werden, z.B. vor Landkauf in Land A, um die eigene Bevölkerung in Land B ernähren zu können oder Investitionen in Agrarland zur Finanzierung von Versicherungsmodellen.
- Die Ressource Land muss vor allem auch Frauen weltweit zur Verfügung stehen, da sie häufig in der Landwirtschaft tätig sind. Dafür ist es notwendig, dass Landbesitzrechte in allen Ländern der Welt auf Frauen übertragen werden können. Frauen müssen Land erwerben können, Witwen müssen das Recht haben, Land zu erben. Außerdem müssen Frauen das Recht haben, alleine wirtschaftlich geschäftsfähig zu sein.

Im Bereich der gleichberechtigten **Repräsentanz** fordert der Frauenbund von den Verantwortlichen in Politik:

- Es ist unabdingbar, dass Frauen gleichberechtigt an offiziellen Friedensprozessen beteiligt sind und als „Agents of change“ mitwirken. Dabei sind natürlich auch die Frauen zu berücksichtigen, die aus Konfliktregionen und Kriegsgebieten geflüchtet sind.
- Feministische Akteur*innen und feministische Expertise müssen bei der Weiterentwicklung, Umsetzung und Evaluation der deutschen feministischen Außen- und Entwicklungspolitik beteiligt werden.

Im Bereich der **Diversität** fordert der Frauenbund von den Verantwortlichen in Politik:

- Der Einsatz für die Rechte von LSBTQI+ Personen und die Einbindung der Expertise queerer Personen sind essentiell notwendig.
- Hürden für die Beteiligung von Graswurzelbewegungen müssen durch die gezielte und breit angelegte Verbindung der Bevölkerung und der Zivilgesellschaft mit politischen Entscheidungsebenen abgebaut werden.

Der KDFB verpflichtet sich dazu, seine langjährige Friedensarbeit, die er in konkreten Aktivitäten wie zum Beispiel der Frauenfriedenswallfahrt, der Solibrot-Aktion und der Weltgebetstagsarbeit umsetzt, nachhaltig und konsequent fortzuführen.